

Wünschbar ist gewiss beides: die Landschaft zu schützen und erneuerbare Energien zu fördern. Was aber, wenn das eine mit dem andern in Konflikt gerät – wenn also ein Windkraftwerk in ein Naturschutzgebiet zu stehen kommen soll? Welches Interesse wiegt schwerer? – Auch mit solchen Fragen hat sich das Bundesgericht zu befassen.

Die Judikative:

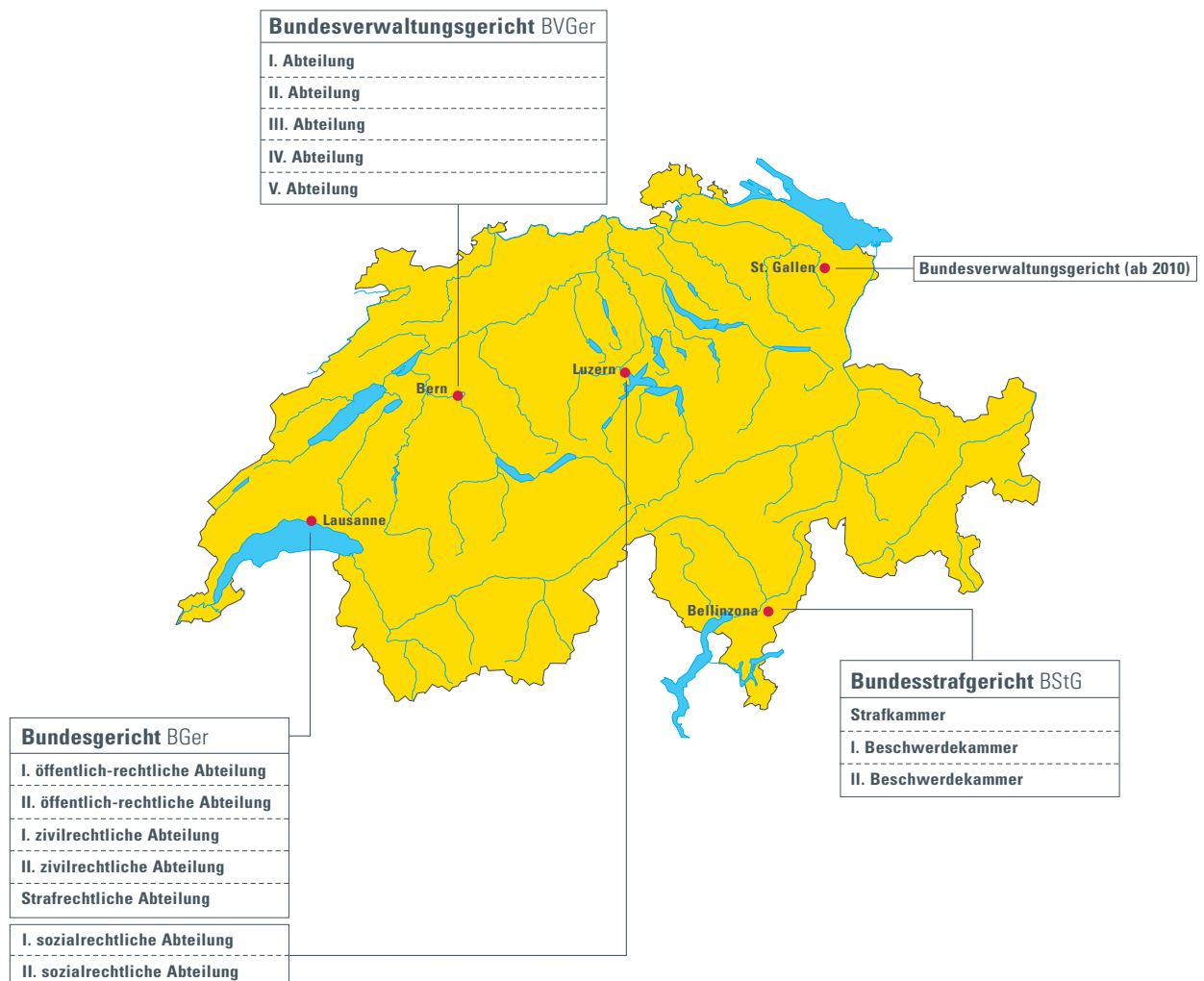


die Eidgenössischen Gerichte



Die dritte Gewalt

Das Bundesgericht ist das oberste Gericht der Schweiz. Dieses verkörpert auf der Ebene der drei Staatsgewalten neben der gesetzgebenden Bundesversammlung (Legislative) und dem ausführenden Bundesrat (Exekutive) die rechtsprechende Gewalt (Judikative). Durch seine Rechtsprechung trägt das Bundesgericht zur Fortentwicklung des Rechts und zu dessen Anpassung an veränderte Umstände bei. Seine Entscheide können an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg weitergezogen werden.



Das Bundesgericht

Die 38 Richterinnen und Richter und die nebenamtlichen Richterinnen und Richter erfüllen ihre Aufgaben in einer der sieben Abteilungen des Gerichts in Lausanne oder in Luzern. Sie werden dabei von 250 Angestellten unterstützt.

Das Bundesgericht hat verschiedene Aufgaben, wie

- den Rechtsuchenden Rechtsschutz in konkreten Fällen zu gewähren,
- die einheitliche Anwendung des eidgenössischen Rechts sicher zu stellen,
- zur Rechtsfortbildung beizutragen.

Es überprüft auf Beschwerde hin, ob Entscheide letzter kantonalen Instanzen wie auch unterer Behörden des Bundes mit dem geltenden Recht vereinbar sind. Es trägt auch Sorge, dass die für die Rechtsetzung, die Rechtsanwendung und die Rechtsprechung geltenden Regeln eingehalten werden.

Das Bundesgericht übt allerdings nicht die Oberaufsicht über die Justizorgane in der Schweiz aus.

Es entscheidet letztinstanzlich Rechtsstreitigkeiten aus dem

- Zivilrecht (Streitigkeiten zwischen Personen),
- Strafrecht (strafrechtliche Verfahren gegen einzelne Personen),
- Staats- und Verwaltungsrecht (Auseinandersetzungen zwischen Personen und dem Staat, zwischen Kantonen sowie zwischen Bund und Kantonen).

Die Bundesrichterinnen und -richter werden von der Vereinigten Bundesversammlung nach sprachlichen, regionalen und parteipolitischen Kriterien gewählt; ihre Amtsdauer beträgt jeweils sechs Jahre.

Grundsätzlich steht das Amt allen Bürgerinnen und Bürgern des Landes offen. Eine Rechtsausbildung ist verfassungsrechtlich nicht erforderlich, in der Praxis aber die Regel.

Die Gerichtsschreiberinnen und -schreiber hatten früher hauptsächlich die Urteilsbegründung nach der Fällung des Entscheids zu verfassen. Wegen der zunehmenden Geschäftslast ist ein Teil der Arbeit, die den Richtern vorbehalten war, auf sie übertragen worden.

Heute wirken die Gerichtsschreiber bereits bei der Instruktion der Verfahren mit und erstellen in vielen Fällen selbst Urteilsentwürfe; diese werden nach Genehmigung durch den Instruktionsrichter dem urteilenden Gremium zum Entscheid vorgelegt.

Gestützt auf diese Unterlagen und die Resultate der Urteilsberatungen, in denen die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber Mitsprache haben, erarbeiten sie schliesslich den endgültigen Urteilstext.

Das Generalsekretariat des Gerichts ist sowohl die Stabsstelle des Gesamtgerichts als auch der Präsidentenkonferenz und der Verwaltungskommission sowie des Präsidenten für die personellen, organisatorischen, administrativen und finanziellen Belange. Gleichzeitig ist es das Leitungsorgan der Gerichtsdienste.

Die Dienste des Gerichts nehmen folgende Aufgaben wahr:

- **Kanzleidienste:** Registratur und Administration der hängigen Rechtsfälle, Archiv, Gebührenkontrolle und allgemeine Sekretariatsdienste;
- **Verwaltungsdienste:** Finanz-, Personal-, Mobiliar-, Haus-, Sicherheits- und Weibeldienst;
- **Wissenschaftliche Dienste:** Informatik-, Bibliotheks-, juristischer Dokumentations- und Publikationsdienst der Entscheidungen des Bundesgerichts.

Das Verfahren am Bundesgericht

Im Allgemeinen reicht jemand eine Beschwerdeschrift mit Angabe der Gründe ein, darauf wird die Gegenpartei eingeladen, sich dazu zu äussern. Das Gericht kann dann einen weiteren Schriftenwechsel anordnen, bevor es sein Urteil fällt.

Öffentlich-rechtliche Angelegenheiten: Das Bundesgericht beurteilt Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten gegen kantonale Entscheide in Angelegenheiten des öffentlichen

Rechts und Erlasse sowie betreffend Verletzung der politischen Rechte (politische Stimmberechtigung, Volkswahlen und -abstimmungen).

Zivilsachen: Das Bundesgericht entscheidet über Beschwerden in Zivilsachen gegen Urteile kantonalen Gerichte. Bei vermögensrechtlichen Streitigkeiten muss

der Streitwert wenigstens 30 000 Franken (15 000 Franken in arbeits- und mietrechtlichen Fällen) betragen.



Arthur Aeschlimann
Präsident
FDP



Heinz Aemisegger
CVP



Bertrand Reeb
Lib.



Michel Féraud
FDP



Jean Fonjallaz
SP



Ivo Eusebio
CVP



Adrian Hungerbühler
FDP



Alain Wurzbürger
FDP



Robert Müller
CVP



Danielle Yersin
SVP



Georg Thomas Merkli
GP



Peter Karlen
SVP



Bernard Corboz
FDP



Kathrin Klett
SP



Vera Rottenberg Liatowitsch
SP



Gilbert Kolly
CVP



Christina Kiss-Peter
FDP



Niccolò Raselli
SP



Ursula Nordmann
SP



Elisabeth Escher
CVP



Lorenz Meyer
SVP



Fabienne Hohl
FDP



Luca Marazzi
FDP

I. öffentlich-rechtliche Abteilung: Eigentumsgarantie, Raumplanungs- und Baurecht, Umweltschutz, politische Rechte, internationale Rechtshilfe in Strafsachen, Strassenverkehr (inklusive Führerausweisenzug), Bürgerrecht, öffentliches Dienstrecht, Verfahrensgarantien und im Bereich des Strafrechts die strafprozessualen Zwischenscheide.

II. öffentlich-rechtliche Abteilung: Ausländerrecht, Steuerrecht, öffentliches Wirtschaftsrecht, Verwaltungsrecht (z. B. Staatshaftung, Subventionen, Radio und Fernsehen), Glaubens- und Gewissensfreiheit, Sprachenfreiheit und Wirtschaftsfreiheit.

I. zivilrechtliche Abteilung: Obligationenrecht, Versicherungsvertrag, privates Wettbewerbsrecht und Immaterialgüterrecht.

II. zivilrechtliche Abteilung: Personenrecht, Familienrecht, Erbrecht und Sachenrecht sowie Schuldbetreibungs- und Konkursrecht.

Strafsachen: Das Bundesgericht beurteilt Beschwerden gegen kantonale Urteile in Strafsachen oder Urteile des Bundesstrafgerichts.



Roland Max Schneider
SVP



Hans Wiprächtiger
SP



Pierre Ferrari
FDP



Dominique Favre
SP



Andreas Zünd
SP



Hans Mathys
SVP

Strafrechtliche Abteilung: materielles Recht (inklusive Straf- und Massnahmenvollzug) und Strafprozessrecht (ohne die Beschwerden gegen strafprozessuale Zwischenentscheide).

Sozialrechtliche Angelegenheiten: Das Bundesgericht entscheidet über Beschwerden in öffentlichen Angelegenheiten gegen Urteile der kantonalen Versicherungsgerichte.



Susanne Leuzinger-Naef
Vizepräsidentin
SP



Ursula Widmer-Schmid
FDP



Franz Xaver Schön
CVP



Rudolf Ursprung
SVP



Jean-Maurice Frésard
SP

I. sozialrechtliche Abteilung: Invalidenversicherung, Ergänzungsleistungen, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung, kantonale Sozialversicherung, Familienzulagen, Sozialhilfe und Militärversicherung.



Ulrich Meyer
SP



Alois Lustenberger
CVP



Aldo Borella
FDP



Yves Kernen
SVP



Hansjörg Seiler
SVP

II. sozialrechtliche Abteilung: Alters- und Hinterlassenenversicherung, Invalidenversicherung, Erwerbsersatzordnung, Krankenversicherung und berufliche Vorsorge.

Subsidiäre Verfassungsbeschwerde:
Wenn die vorerwähnten Beschwerden nicht zulässig sind, können Verletzungen von verfassungsmässigen Rechten mittels einer subsidiären Verfassungsbeschwerde gerügt werden.

Die erstinstanzlichen Gerichte des Bundes

Die erstinstanzlichen Gerichte des Bundes organisieren sich selbst, unterstehen aber der Aufsicht des Bundesgerichts und der Oberaufsicht der Bundesversammlung.

Sie entlasten das Bundesgericht gleich doppelt: erstens, weil durch sie bereits beurteilte Streitigkeiten seltener weitergezogen werden; zweitens, weil sich das Bundesgericht die schon durchgeführte Sachverhaltskontrolle ersparen und sich somit auf die eigentlichen Rechtsfragen beschränken kann.

Das Bundesstrafgericht



Peter Popp
CVP



Sylvia Frei-Hasler
SVP



Myriam Forni
SP



Daniel Kipfer Fasciati
GP



Walter Wüthrich
SP



Jean-Luc Bacher
FDP



Alex Staub
Präsident
FDP



Emanuel Hochstrasser
SVP



Barbara Ott
Lib.



Tito Ponti
FDP



Andreas Keller
Vizepräsident
CVP



Bernard Bertossa
SP



Giorgio Bomio
SP



Cornelia Cova
SP



Roy Garré
SP

Strafkammer

Die Strafkammer hat das Bundesstrafgericht des Bundesgerichts in Lausanne ersetzt. Sie beurteilt erstinstanzlich jene Strafsachen, die das Gesetz der Gerichtsbarkeit des Bundes zuweist. Das sind beispielsweise grosse Fälle von organisierter Kriminalität und Wirtschaftskriminalität, Geldwäscherei und Korruption.

I. Beschwerdekammer (Strafverfahrenskammer)

Die erste Beschwerdekammer hat die Aufgaben der Anklagekammer des Bundesgerichts, wie etwa die Beurteilung von Beschwerden gegen Amtshandlungen oder Säumnisse des Bundesanwalts und der eidgenössischen Untersuchungsrichter, übernommen.

II. Beschwerdekammer (Rechtshilfekammer)

Seit dem 1. Januar 2007 beurteilt eine zweite Beschwerdekammer anstelle kantonaler Rechtsmittelinstanzen bzw. anstelle des Bundesgerichts die Beschwerden in internationalen Rechtshilfeangelegenheiten.

Die Amtsdauer der erstinstanzlichen Richter beträgt wie diejenige der Mitglieder des Bundesgerichts sechs Jahre. Sie wird vorzeitig beendet bei Erreichen der Altersgrenze oder bei Amtsenthebung. Voraussetzung für eine Amtsenthebung ist die vorsätzliche oder grobfahrlässige Verletzung der Amtspflichten oder dauernde Amtsunfähigkeit, beispielsweise durch Krankheit. Zuständig für eine Amtsenthebung ist die Bundesversammlung, die auch Aufsichtsbehörde des Richterkollegiums ist.

i Tribunale penale federale
Casella postale 2720
6501 Bellinzona
T 091 822 62 62
F 091 822 62 42
E-Mail: info@bstger.ch
www.bstger.ch

Das Bundesverwaltungsgericht

Das Bundesverwaltungsgericht nahm am 1. Januar 2007 seine Tätigkeit in Bern auf und löste die bislang bestehenden Rekurs- und Schiedskommissionen sowie Beschwerdedienste auf Bundesebene ab. Der Umzug nach St. Gallen ist für 2010 geplant.

Hauptaufgabe des Bundesverwaltungsgerichts ist die Beurteilung öffentlich-rechtlicher Streitigkeiten aus dem Zuständigkeitsbereich der Bundesverwaltung. Dazu gehören Beschwerden gegen Verfügungen eidgenössischer oder kantonaler Instanzen, aber auch Klagen aus dem Bundesverwaltungsrecht in erster Instanz.

Das Bundesverwaltungsgericht urteilt dabei entweder als Vorinstanz des Bundesgerichts oder als letzte beziehungsweise einzige Instanz: In mehr als der Hälfte aller Fälle wird es abschliessend urteilen.

Die Organisation

Die 72 Richter und Richterinnen (siehe Seite 80) teilen sich 64 Stellen. Von den insgesamt über 330 Beschäftigten des Gerichtes sind über die Hälfte Frauen, knapp zwei Drittel deutscher, knapp ein Drittel französischer und 6% italienischer Muttersprache.

Das Gericht gliedert sich in fünf Verfahrensabteilungen zu je zwei Kammern. Die Abteilungen sind unter anderem zuständig für die Behandlung der Verfahren aus folgenden Rechtsgebieten:

Abteilung I: Bundespersonal, Datenschutz, Natur- und Heimatschutz, Zollwesen, Abgaben, Steuern, Infrastrukturprojekte, Raumplanung, Enteignungen, Nationalstrassen, Umweltschutz und Gewässerschutz, Post- und Fernmeldewesen sowie Radio und Fernsehen.




























































Abteilung II: Öffentliche Beschaffungen, Stiftungsaufsicht, Handelsregister, Geistiges Eigentum, Kartellrecht und Preisüberwachung, Berufsbildung, Tierschutz, wirtschaftliche Landesversorgung, Landwirtschaft, Lotterie, Glücksspiele und Spielbanken, Nationalbank, Geldwäscherei oder die Aufsicht über die Privatversicherungen.

Abteilung III: Bürgerrecht, Ausländerrecht sowie Teilbereiche des Asylrechts, Adoptionsvermittlung, eidgenössische Maturitätsprüfungen, Denkmalschutz, Waffenrecht, Heilmittel, Betäubungsmittel, Strahlenschutz, Lebensmittel, Bekämpfung von Krankheiten und Epidemien, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung.

Abteilungen IV und V: Asylrecht betreffend Flüchtlingseigenschaft und Wegweisung.

i Bundesverwaltungsgericht
Schwarztorstrasse 59
Postfach
3000 Bern 14
T 058 705 26 26
F 058 705 29 80
E-Mail: info@bvger.admin.ch
www.bvger.ch

Die Bundesverwaltungsrichter

 Eduard Achermann SVP	 Roland Flury FDP	 Vera Marantelli FDP	 Hans Schürch FDP
 Maria Amgwerd CVP	 Beat Forster CVP	 Stefan Mesmer SP	 Frank Seethaler Grüne
 David Aschmann FDP	 Johannes Frölicher SP	 Markus Metz FDP	 Nina Spälti Giannakitsas SP
 Florence Aubry Girardin Grüne	 Robert Galliker parteilos	 Alberto Meuli SVP	 Thomas Stadelmann CVP
 Elena Avenati-Carpani CVP	 Kurt Gysi FDP	 Pascal Mollard SP	 Marc Steiner SP
 François Badoud parteilos	 Fulvio Haefeli SVP	 Jean-Pierre Monnet parteilos	 Walter Stöckli SP
 Jean-Luc Baechler SVP	 Hans-Jacob Heitz SVP	 Claude Morvant FDP	 Bendicht Tellenbach SP
 Christoph Bandli SVP	 Madeleine Hirsig-Vouilloz CVP	 André Moser FDP	 Marianne Teuscher SVP
 Michael Beusch SP	 Bruno Huber CVP	 Francesco Parrino SP	 Andreas Trommer FDP
 Ruth Beutler SP	 Antonio Imoberdorf SP	 Claudia Pasqualetto Péquignot FDP	 Hans Urech SVP
 Gérard Bovier SVP	 Lorenz Kneubühler SP	 Michael Peterli Grüne	 Vito Valenti FDP
 Stephan Breitenmoser CVP	 Therese Kojic-Siegenthaler parteilos	 Daniel Riedo SVP	 Bernard Vaudan CVP
 Francesco Brentani CVP	 Jürg Kölliker SP	 Marianne Ryter Sauvant SP	 Blaise Vuille Lib.
 Maurice Brodard CVP	 Markus König SP	 Regula Schenker Senn SP	 Beat Weber FDP
 Claudia Cotting-Schalch FDP	 Walter Lang parteilos	 Gérard Scherrer parteilos	 Philippe Weissenberger SP
 Jenny de Coulon Scuntaro FDP	 Pierre Leu SP	 Daniel Schmid SP	 Thomas Wespi CVP
 Kathrin Dietrich CVP	 Christa Luterbacher SP	 Eva Schneeberger FDP	 Salome Zimmermann SP
 Jean-Daniel Dubey parteilos	 Bernard Maitre CVP	 Franziska Schneider Grüne	 Martin Zoller CVP

Redaktion Informationsdienst Bundeskanzlei und Departemente
Konzept, Gestaltung, Satz Jeanmaire & Michel AG, Bern
Fotos Julie de Tribolet, Lausanne (Seite 34/35: Assistent: Sully Balmassière)
Seiten 21-23: mehrheitlich Senn & Stahl, Bern
Parteienlandschaft Seite 26: Michael Hermann, Geographisches Institut der Universität Zürich
Film-Standbilder Seite 30/31: © Ciné Manufacture; Regie: Jean-Stéphane Bron; www.maisimbundeshuus.ch

Diese Publikation ist auch in Französisch, Italienisch, Rätoromanisch
und Englisch erhältlich; sie ist mit einer ausgefüllten Klebeadresse
gratis zu beziehen über die Kurzanschrift:
BBL, Vertrieb Bundespublikationen, CH-3003 Bern
oder www.bundespublikationen.admin.ch

Art.-Nr. 104.617.d

29. Auflage, 2007

www.admin.ch